

Antrag B03: Arbeitspflicht für Asylbewerber als Chance für ein aktives und lebendiges Gelsenkirchen

Laufende Nummer: 6

Antragsteller:	Junge Union Gelsenkirchen
Status:	Beschluss: Verwiesen an die CDU-Ratsfraktion
Sachgebiet:	B - Weitere Anträge

- 1 Die Fraktion im Rat der Stadt Gelsenkirchen oder ihre Gremien werden beauftragt, die
- 2 Möglichkeit einer Arbeitsverpflichtung für Asylbewerber in Gelsenkirchen zu prüfen
- 3 und gegebenenfalls entsprechende Initiativen auf allen Ebenen kommunalen Wirkens zu
- 4 ergreifen. Dies soll unter Berücksichtigung des beispielhaften Modells, das kürzlich
- 5 im thüringischen Landkreis Saale-Orla eingeführt wurde, erfolgen. Die Maßnahme
- 6 eröffnet nicht nur Integrationsmöglichkeiten für Asylbewerber, sondern kann auch dazu
- 7 beitragen, unsere Stadt in sämtlichen Bereichen aktiver und vitaler für ein
- 8 gemeinsames Leben in der Gesellschaft zu gestalten und zu unterstützen.

Begründung

Die Arbeitsverpflichtung für Asylbewerber, wie sie im § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) vorgesehen ist schon heute ein Faktum. Diese sieht eine Kompensation für die getätigte Arbeit vor. Sie ermöglicht eine aktive Teilhabe an unserer Gesellschaft und kann gleichzeitig dazu beitragen, den Arbeitskräftemangel in bestimmten Sektoren zu mildern.

Diese Vorgehensweise wird auch von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) unterstützt und in vielen Bereichen sogar gefordert. Eine etwaige Kritik, dass eine Arbeitspflicht die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vereiteln würde, kann nicht überzeugen. Eine Beschäftigung in jenen Bereichen ist für Asylbewerber meist erst nach drei bis neun Monaten (je nach Herkunftsland) möglich.

Gerade in dieser Übergangszeit kann ein erhöhtes Engagement unserer Stadt zugutekommen. Arbeiten können sowohl in den Aufnahmeunterkünften vergeben werden als auch bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern. Gerade in Gelsenkirchen benötigen wir hier viel Arbeitskraft!

Vielmehr bietet eine kommunale Arbeitsverpflichtung eine ideale Möglichkeit, Engagierte zu mobilisieren, um Herausforderungen wie die Instandhaltung der Innenstädte und die Pflege der Grünanlagen anzugehen. Gerade in Krisenzeiten sind helfende Hände unbedingt erforderlich und können dem Fortkommen unserer Stadt zuspieren.

Integration beginnt bei gesellschaftlicher Einbindung und dem Erlernen der Sprache, was durch eine Arbeitspflicht begünstigt würde. Diese Arbeit ist nicht allein aus städtischer Sicht hilfreich, sondern stärkt unsere Demokratie und nimmt den rechten Hetzern den Wind aus den Segeln. Es ist an der Zeit, aktiv zu werden und gemeinsam an einer lebendigen Zukunft für Gelsenkirchen zu arbeiten.